



Foto: dpa

LANDTAGSWAHLEN

Rot-Grün muss den Kurs **wechseln!**

Nach den „sensationellen Wahlsiegen“ in Hessen und Niedersachsen hat Angela Merkel eine „verantwortungsvolle Politik“ der Union im Bundesrat angekündigt.

„Mit diesem Wahlergebnis haben uns die

Wähler eine große Verantwortung“ übertragen, sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands. Sie machte deutlich, dass die Union mit diesem Votum „achtsam und sorgsam umgehen“ werde. Denn es beinhalte den klaren Auftrag, Refor-

INHALT

WAHLANALYSE:

Deutliches Signal
der Wähler

SEITE 4 – 7

DOKUMENTATION:

Landtagswahlen in
Hessen und Niedersachsen
am 2. Februar 2003
in Zahlen

■ Rot-Grün muss den Kurs wechseln (Seite 1–3) ■ Schleswig-Holstein: Rückenwind für Kommunalwahl (Seite 3) ■ Kommission: Durch Deutschland muss ein Ruck gehen (Seite 8) ■ Beschluss zur Einsetzung der Kommission „Soziale Sicherheit“ durch den Bundesvorstand der CDU (Seite 9–10) ■ Laurenz Meyer: Desaströse Bilanz nach 100 Tagen Rot-Grün (Seite 11–12) ■ Arnold Vaatz: Lage auf ostdeutschem Arbeitsmarkt immer dramatischer (Seite 13) ■ Günter Nooke: Quo vadis Hauptstadt Kultur? (Seite 14) ■ Dietrich Austermann: Wahlbetrug II. Haushaltsabschluss 2002 offenbart die wahren Erwartungen Eichels (Seite 15) ■ Hans Raidel: Verteidigungsetat nicht zustimmungsfähig (Seite 16) ■ Wahlsplitter: Absolute Mehrheit in der Bundesversammlung (Seite 17) ■ Wahlsplitter: Patt im Vermittlungsausschuss (Seite 17) ■ Wahlsplitter: Mehrheit im Bundesrat ausgebaut (Seite 17)

men in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik voranzubringen. Dies entlasse die Bundesregierung jedoch nicht aus der Pflicht, selbst Vorschläge zur politischen Gestaltung zu erarbeiten. Der Kanzler müsse endlich ein „Gesamtkonzept“ vorlegen, das in den Regierungsparteien SPD und Grüne mehrheitsfähig sei. Einer großen Koalition erteilte Angela Merkel eine deutliche Absage.

Weiter sagte die CDU-Vorsitzende, es sei ein „sehr wichtiges Signal“, dass es Bundeskanzler Schröder nicht ein zweites Mal gelungen sei, eine Wahl mit der Frage „Krieg oder Frieden“ zu entscheiden. „Ich bin mir sicher, dass dies im Ausland aufmerksam registriert wird“. Die Union werde in den nächsten Wochen deutlich machen, dass Deutschland „keine Sonderwege gehen darf“. Denn eine der zentralen Lehren aus der deutschen Geschichte laute: „keine Alleingänge“. Stattdessen müssten gemeinsame Positionen mit den europä-

schen Verbündeten und insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika gefunden werden.

Überwältigender Vertrauensbeweis

Den Ausgang der Landtagswahlen wertete die CDU-Vorsitzende als einen „historischen Tag für die Union insgesamt“. Schließlich seien Hessen und Niedersachsen „alles andere als Stammländer der CDU“. Damit habe die Christlich Demokratische Union bewiesen, dass sie im „Norden und im Süden siegen“ könne. „Sie wird 2004 zeigen, dass sie auch im Osten siegen kann“, bekräftigte Angela Merkel.

Roland Koch bezeichnete das Ergebnis der Landtagswahl als einen „überwältigenden Vertrauensbeweis“ der hessischen Wähler. Die von ihm geführte Landesregierung werde sich jetzt umgehend daran machen, „die nächsten fünf Jahre so anzugehen, wie wir es den Wählern

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

versprochen haben“. Der hessische Ministerpräsident forderte die SPD auf, den Zustand der Reformunfähigkeit zu beenden. Zur Lösung der drängenden Probleme des Landes müsse die Regierung Vorschläge machen, und dann sei die Union bereit, darüber zu verhandeln. Es müsse sich aber um Reformvorschläge der gesamten SPD handeln und nicht um strittige Vorstellungen einzelner Sozialdemokraten. Es werde im übrigen keine Blockade der unionsgeführten Länder im Bundesrat geben, „aber klare Kontrolle“.

Seinen Wahlsieg führte der niedersächsische CDU-Spitzenkandidat Christian Wulff auf die „überragende Bedeutung der Themen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Steuern und Abgaben“ zurück. Zum einen seien sich die Menschen bewusst wie nie zuvor, dass sie finanzielle Spielräume benötigten, um Zukunftsvorsorge betreiben zu können. Zum anderen sei offensichtlich, dass Rot-Grün über kein Konzept verfüge, um der Strukturkrise Herr zu werden. Hinzu komme ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Christian Wulff sprach in diesem

Zusammenhang von einem „Paradigmenwechsel“ und nannte als Beispiel für das Bedürfnis der Menschen nach Kompetenz den Wahlsieg von Wolfgang Böhmer in Sachsen-Anhalt.

Union weiter gestärkt

Der niedersächsische CDU-Vorsitzende kündigte an, er werde sofort Koalitionsgespräche mit der FDP aufnehmen und diese bis zum 1. März abschließen. Bereits am 4. März soll die neue Landesregierung vom Parlament gewählt werden. Sein oberstes Ziel sei es, Niedersachsen an andere erfolgreiche Bundesländer heranzuführen und einen Beitrag zu leisten, um Deutschland „innovativ und konstruktiv“ zu modernisieren.

Generalsekretär Laurenz Meyer hatte bereits in der Wahlnacht deutlich gemacht, dass die Siege in Niedersachsen und Hessen die CDU Deutschlands insgesamt gestärkt und das Vertrauen der Menschen in die Union gezeigt hätten. Insbesondere der Sieg in Niedersachsen sei eine gute Ausgangslage, „um die CDU in ganz Deutschland zu platzieren.“

Schleswig-Holstein Rückenwind für Kommunalwahl

„Der Norden kann wieder siegen!“ Zu dieser erfreulichen Erkenntnis kamen der Vorsitzende der Landtagsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Martin Kayenburg, und der Landesvorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen. „Für die CDU in Schleswig-Holstein bedeuten die hervorragenden Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen einen enormen Rückenwind für die Kommunalwahl am 2.3.2003, aber auch für die Landtagswahlen im Jahre 2005. Diese Ergebnisse sind ein beachtlicher Motivationschub für unseren Kommunalwahlkampf, in dem wir mit den richtigen Konzepten und einer modernen Programmatik stärkste Partei in Gemeindevertretungen und Rathäusern werden wollen. Beide Wahlergebnisse zeigen, dass Wahlbetrug sich nicht lohnt. Die Bürger durchschauen die Verdummungsaktionen von Rot-Grün und haben sie am Wahltag entsprechend abgestraft.“

Deutliches **Signal** der Wähler

Eindeutiger kann ein Wahlergebnis nicht ausfallen: überproportionale Zuwachsraten bei der CDU, zweistellige Verluste bei der SPD.

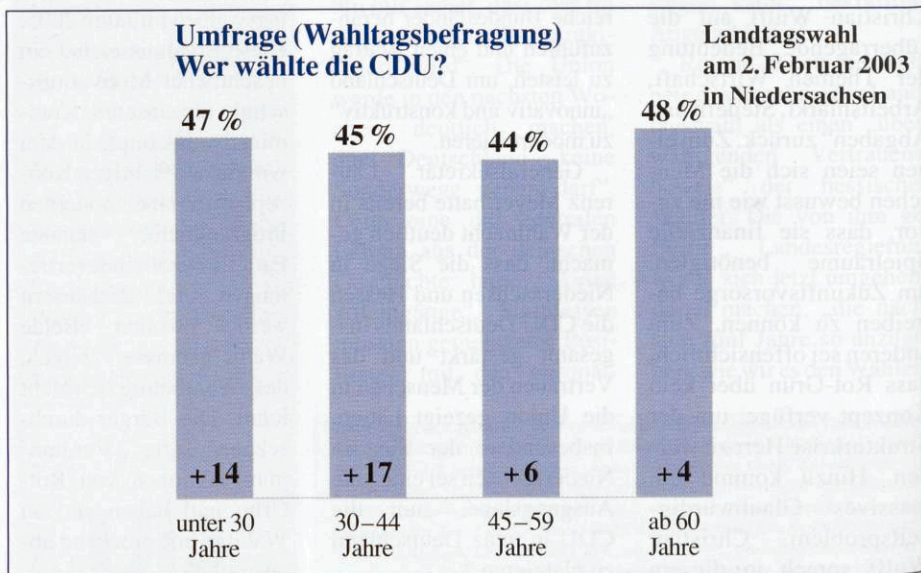
In Niedersachsen erreicht die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Christian Wulff 48,3 Prozent der Stimmen und wird somit klar zur stärksten Partei in Niedersachsen. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl 1998 kann sie 12,4 Prozentpunkte hinzugewinnen.

Die Hessische CDU ist mit ihrem Spitzenkandidaten Roland Koch die große

Gewinnerin der Landtagswahl in Hessen. Die Partei kommt auf 48,8 Prozent der Stimmen und kann damit gegenüber der Landtagswahl von 1999 5,4 Prozentpunkte zulegen.

Trotz der gesunkenen Wahlbeteiligung in Niedersachsen (67,0%) und Hessen (64,6%) haben die Christdemokraten in beiden Ländern Stimmenzuwächse verzeichnen können (Niedersachsen: 376.000; Hessen: 118.000) In Niedersachsen hat sich die politische Landkarte fast vollständig geändert: Die CDU

konnte in 91 der 100 Wahlkreise gewinnen, vor fünf Jahren hatte sie lediglich 16 Mandate direkt gewonnen. Da die Union in den Wahlkreisen mehr Direktmandate gewonnen hat, als ihr nach dem Zweitstimmenanteil zustanden, erhält sie 14 Überhangmandate. Auf die anderen Parteien verteilen sich dann 14 Ausgleichmandate. Damit vergrößert sich der niedersächsische Landtag von 155 auf 183 Sitze. Die CDU wird mit 91 Abgeordneten (+29) die größte Fraktion stellen. Zusammen mit den 15 Abgeordneten



der FDP (+15) verfügt das bürgerliche Lager über eine solide Mehrheit. Auch die politische Landkarte Hessens muss in weiten Teilen neu eingefärbt werden. Von den 55 Wahlkreisen hat die CDU 53 mit der Mehrheit der Erststimmen erobern können.

Wählerwanderung

Nach einer Analyse von Infratest dimap fand in beiden Ländern die größte Wählerwanderung zwischen den beiden großen Parteien statt: In Hessen konnte der Wahlsieger CDU der SPD rund 77.000 Stim-

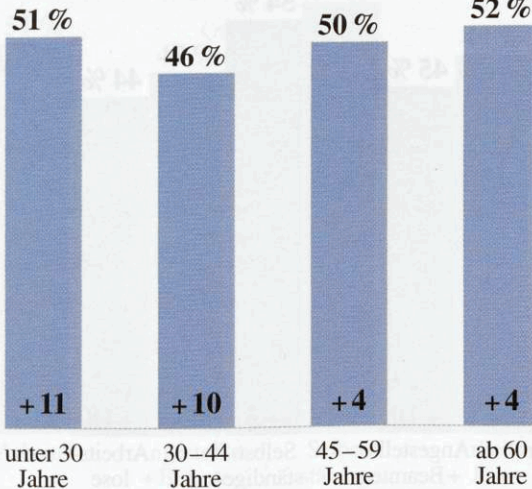
men abnehmen. Kleinere Gewinne (34.000) konnte die CDU darüber hinaus noch von den sonstigen Parteien erzielen. Allein an die FDP musste sie Stimmen abgeben (-28.000). Dies dürfte in dem im Vergleich zu 1999 stärkeren Stimmensplitting der CDU-Wähler zugunsten der FDP begründet sein. Der Wahlsieg der hessischen CDU erklärt sich allerdings nicht nur durch die Gewinne von der SPD. Auch die Mobilisierung der Nichtwähler (+40.000) war ihr am besten gelungen.

In Niedersachsen liegt die Union mit ca. 1.9 Mio. Zweitstimmen klar vor der SPD. Im Vergleich zur Wahl

1998 bedeutet dies für die CDU einen Zugewinn von 376.000 Stimmen. Mit rund 305.000 Saldo-Stimmen beruht dieser Zuwachs vor allem auf einem Stimmenzufluss aus dem SPD-Lager. Auffällig ist, dass in Niedersachsen die Unterschiede zwischen Erst- und Zweitstimmenergebnis wesentlich deutlicher ausgeprägt sind als bei vorangegangenen Wahlen. Das gute Ergebnis der FDP ist zum Teil den Anhängern des zukünftigen Koalitionspartners geschuldet, die mit der Erststimme den CDU-Kandidaten im Wahlkreis und mit der Zweitstimme die FDP gewählt haben.

**Umfrage (Wahltagsbefragung)
Wer wählt die CDU?**

**Landtagswahl
am 2. Februar 2003
in Hessen**



Die Aufgliederung der Stimmabgabe nach den verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass die Union in Niedersachsen diesmal in allen Altersgruppen vorne liegt. Wie schon 1998 schneidet sie am besten bei den über 60jährigen ab. Sie liegt bei dieser Wahl jedoch in keiner Altersgruppe unter 44 Prozent. Ihre größten Zuwächse erzielt die CDU in den Altersgruppen bis 44 Jahren. Auch in Hessen liegt die CDU in allen Altersgruppen deutlich vor der SPD; in fast allen Altersgruppen musste die SPD gegenüber 1999 zweistellige Verluste hinnehmen. Besonders heftig waren die Bewegungen

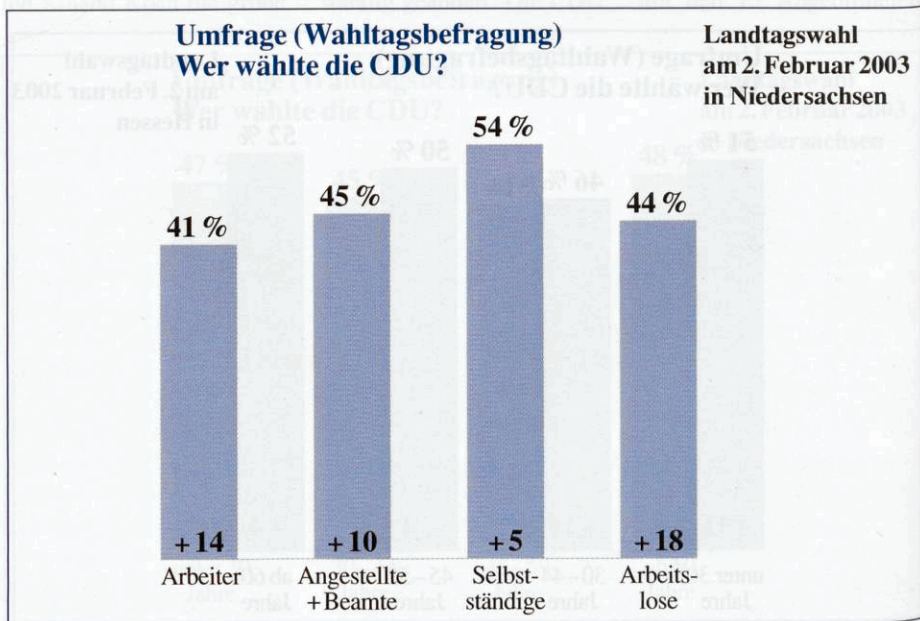
zwischen SPD und CDU bei den 35–44jährigen.

In Niedersachsen ist es der Union gelungen, in allen Berufsgruppen erstplatziert zu landen. Dies gilt auch für die Arbeiterschaft, die traditionell mehrheitlich für die SPD votiert. Diesmal stimmten die Arbeiter in Niedersachsen mit 46 Prozent klar für die Union, nur 39 Prozent votierten für die Sozialdemokraten. In keiner anderen Gruppe mussten die Sozialdemokraten so starke Einbußen hinnehmen wie in ihrem Traditionssegment. Auch in Hessen waren die kräftigsten Verschiebungen gegenüber 1999 von der SPD zur CDU bei den Arbeitern

und Angestellten zu registrieren. Die Verluste der SPD in diesen beiden Gruppen liegen über 15 Punkte.

Wahlmotive

Nach einer Analyse der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen ließen sich auffällig viele Wähler in Hessen und Niedersachsen bei ihrem Votum stark von der Bundespolitik beeinflussen. Im Vergleich zu anderen Landtagswahlen meinten untypisch viele Befragte, die Politik im Bund sei für ihre Wahlentscheidung wichtiger als die Landespolitik. In Niedersachsen



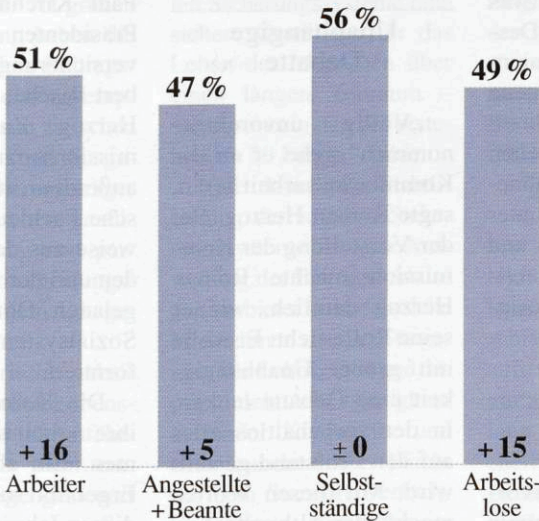
räumten das 45 Prozent ein, 44 Prozent erklärten die Landesthemen für bedeutsamer. In Hessen erachtete die Mehrheit (52 Prozent) die Lösung landeseigener Probleme für wichtiger, für 41 Prozent war die Politik in Berlin entscheidender. Die von der SPD in den Wahlkampf eingebrachte Irak-Frage spielte hingegen so gut wie keine Rolle. Thematisch ging es in beiden Ländern in erster Linie um ökonomische Probleme und um die Bildungspolitik. In keinem für die Wähler wichtigen Politikfeld konnte sich die SPD als führende Kraft profilieren. Vielmehr wurde

sie von der CDU in den zentralen Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Finanzen regelrecht deklariert. Auch beim Thema Schul- und Bildungspolitik liegt die CDU in Niedersachsen genau wie in Hessen mit jeweils 40 Prozent zu 24 Prozent bei den Parteikompetenzen deutlich vor der SPD. Infratest dimap kommt in seiner Analyse der Wahlmotive zwar zu demselben Ergebnis wie die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, ist jedoch der Meinung, dass es sich nicht nur um eine reine Denkkettelwahl für Kanzler Schröder handelte. Infratest dimap

ordnet das Wahlergebnis viel eher in einen längerfristigen Trend ein, von dem offenbar die CDU profitiert. Die jungen Menschen ließen seit einiger Zeit erkennen, dass sie ihre Wahlentscheidung unabhängig von einer Ideologie fällen, meint Reinhard Schlinkert von Infratest dimap. „Jetzt sieht es so aus, dass die Leute, die sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten müssen, stärker Union gewählt haben.“ Weil die Sorge um das berufliche Fortkommen im Vordergrund gestanden habe, habe es der SPD auch nicht geholfen, das Thema Irak in den Wahlkampf einzubringen.“

**Umfrage (Wahltagsbefragung)
Wer wähle die CDU?**

**Landtagswahl
am 2. Februar 2003
in Hessen**



Durch Deutschland muss ein **Ruck** gehen

Verlässlichkeit, Transparenz und Dauerhaftigkeit müssen zentrale Maßstäbe des politischen Handelns sein. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die CDU Deutschlands die Kommission „Soziale Sicherheit“ mit Beschluss des Bundesvorstandes eingesetzt.

Mit dieser Kommission wolle die CDU eine „grundlegende Kurskorrektur“ im Gesundheits-, Renten- und Pflegesystem beeinflussen, kündigte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, an. „Die Menschen wollen kein 'Weiter so', sondern dass sich etwas tut in diesem Land!“ Deshalb werde das Gremium unvoreingenommen neue Wege prüfen. Ziel sei es, trotz der demographischen Entwicklung die Lohnnebenkosten dauerhaft unter 40 Prozent zu senken und so Wachstumskräfte freizusetzen, um Arbeitslosigkeit abzubauen.

Reformbedarf

Als Kommissionsvorsitzenden konnte Angela



Merkel Professor Roman Herzog gewinnen. Der Alt-Bundespräsident genießt in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen und hat mit seinen Reden zum Reformbedarf in Deutschland bereits frühzeitig Wege aus der Krise des Landes gewiesen.

Unabhängige Debatte

„Völlig unvoreingenommen“ gehe er an die Kommissionsarbeit heran, sagte Roman Herzog. Bei der Vorstellung der Kommission machte Roman Herzog deutlich, wie er seine Rolle sieht: Er wolle mit großer Unabhängigkeit eine Debatte lenken, in der vorbehaltlos alles auf den Prüfstand gestellt wird. Mit diesen Worten machte der Altbundesprä-

sident den Unterschied zwischen der neuen Kommission „Soziale Sicherheit“ und der „Rürup-Kommission“ der Bundesregierung deutlich. Er werde sicherstellen, dass nichts, weil es immer so war, unhinterfragt bleibe.

Gesunde Mitglieder- zusammensetzung

Die Kommission sei kein Wissenschaftsgremium, sondern eine gesunde Mischung zwischen Politikern und Fachexperten, wie z. B. dem ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof und dem Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt, Herbert Rische, sagte Roman Herzog. Zu den Kommissionssitzungen werden außerdem auch ausländische Fachleute, beispielsweise aus den Niederlanden und der Schweiz, eingeladen. Dort wurden die Sozialsysteme bereits reformiert.

Die Kommission wird ihre Arbeit sofort aufnehmen. Ein abschließendes Ergebnis soll im Herbst dieses Jahres vorliegen.

Beschluss zur Einsetzung der Kommission „**Soziale Sicherheit**“ durch den Bundesvorstand der CDU

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat am 3. Februar 2003 in Berlin folgenden Beschluss gefasst:

1. Die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland sind in eine schwierige Lage geraten. Zurückgehende Geburtenraten, eine erfreuliche Steigerung der Lebenserwartung, der wachsende medizinische Fortschritt, der Wandel der Arbeitswelt, eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und gravierend falsche Weichenstellungen der rot-grünen Bundesregierung haben die Balance zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern und damit zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Versicherungsträger aber auch zwischen staatlicher Regulierung und persönlichem Entscheidungsspielraum aus dem Lot gebracht.

Die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken ist ernsthaft gefährdet, wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert wird. Ohne eine grundle-

gende Kurskorrektur wird Deutschland das Wachstumspotential nicht erhöhen, die Beschäftigungskrise nicht überwinden und damit den heutigen Wohlstand nicht halten können.

Jede Reform der sozialen Sicherungssysteme wird von den Menschen nur dann akzeptiert werden, wenn Verlässlichkeit, Transparenz und Dauerhaftigkeit zentrale Maßstäbe des politischen Handelns sind. Deshalb müssen die jetzt anstehenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme eine sichere Grundlage für das Leben der Menschen über einen langen Zeitraum – mindestens in den bevorstehenden 20 Jahren – bilden.

Eine dauerhafte Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme über eine Ausweitung der Beitragsleistungen verbietet sich, da solche Maßnahmen zu einer Steigerung der Lohnkosten und damit zu mehr Arbeitslosigkeit, sinkender Konjunktur und einer zunehmenden Flucht aus dem Standort Deutschland führen würde. Bereits

das jetzige Niveau der Beitragsleistungen ist mit rd. 42 Prozent zu hoch, um das Beschäftigungsproblem lösen zu können. Unser Ziel ist es daher, die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern dauerhaft auf unter 40 Prozent zu senken.

2. Der Bundesvorstand der CDU setzt mit diesem Beschluss eine Kommission „Soziale Sicherheit“ ein. Ihr wird die Aufgabe übertragen, Reformvorschläge zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu erarbeiten. Ein entsprechender Bericht soll dem Bundesvorstand im Herbst 2003 vorgelegt werden.

3. Die Kommission „Soziale Sicherheit“ ist in ihrer Meinungsbildung und in der Entwicklung von Handlungsvorschlägen frei. Der Arbeitsauftrag an die Kommission umfasst auch die Fragestellung, inwieweit soziale Sicherheit unter veränderten Bedingungen erhalten werden kann.

Die CDU hat in ihrem Regierungsprogramm 2002/2006, in den Beschlüssen des Dresdner Parteitages und in ihrem Grundsatzzprogramm „Freiheit und Verantwortung“ wichtige Eckpunkte für eine Reform der sozialen Sicherungssysteme beschlossen, die in die Arbeit der Kommission „Soziale Sicherheit“ eingehen können:

■ Wir treten dafür ein, die Beitragsanteile mit dem Ziel zu begrenzen, die Lohnnebenkosten zu senken und dauerhaft bei unter 40 Prozent insgesamt zu stabilisieren.

■ Wir wollen, dass in und neben der Sozialversicherungspflicht künftig mehr Raum für eigenverantwortliche Vorsorge privater und betrieblicher Art geschaffen wird. Deshalb darf die Fähigkeit zur Eigenvorsorge nicht durch übermäßige Belastung der Ein-

kommen durch Steuern und Sozialabgaben beeinträchtigt werden.

■ Für die CDU ist selbstverständlich: sozial Schwache sind vor Überforderung zu schützen.

■ Es sind Wege aufzuzeigen, wie mehr Familiengerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen verwirklicht werden kann. Dieses Ziel ist auch vom Bundesverfassungsgericht der Politik als Aufgabe zugewiesen worden.

Die Fortentwicklung und Konkretisierung dieser Eckpunkte sollen sich insbesondere an den Maßstäben Gerechtigkeit zwischen den Generationen, gerechte Teilhabe am Arbeitsleben, Solidarität zwischen Schwachen und Starken sowie Sicherung von Wachstum und Wohlstand orientieren. Dazu muss die Balance zwischen lohn- und

einkommenbezogener Finanzierung, Steuerfinanzierung und Eigenbeiträgen sowie zwischen solidarischen Umlagesystemen, Kapitaldeckung und anderen privaten Versicherungen von Risiken neu austariert werden.

Die Mitglieder der Kommission „Soziale Sicherheit“ sind Politiker von CDU und CSU sowie Sachverständige. Zu ihnen gehören unter anderem der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Paul Kirchhof, sowie der Präsident der Bundesversicherungsanstalt, Dr. Herbert Rische.

Die Kommission wird Experten aus den Niederlanden, der Schweiz und Schweden anhören, um sich über die Entwicklung und Funktionsweise der sozialen Sicherungssysteme in mit Deutschland vergleichbaren europäischen Ländern zu informieren.

KOMMISSIONSMITGLIEDER (AUS DER POLITIK):

Vorsitz: Bundespräsident a. D.

Prof. Dr. Roman Herzog

Arentz, Hermann-Josef MdL

Böhmer, Prof. Dr. Maria MdB

Göhner, Dr. Reinhard MdB

Laumann, Karl-Josef MdB

Lautenschläger, Silke MdL

Merz, Friedrich MdB

Meyer, Laurenz MdB

Milbradt, Prof. Dr. Georg MdL

Müller, Hildegard MdB

Müller, Peter MdL

Peiner, Dr. Wolfgang

Pöttering, Johannes

Rauen, Peter MdB

Seehofer, Horst MdB

Storm, Andreas MdB

Vigener, Dr. Gerhard

von der Leyen, Dr. Ursula MdL

Widmann-Mauz, Annette MdB

LAURENZ MEYER:

Desaströse Bilanz nach 100 Tagen Rot-Grün

Zur Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts durch Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement erklärte der Generalsekretär der CDU Deutschlands:

Die Bilanz von 100 Tagen rot-grüner Regierung ist ein innen- und außenpolitischer Scherbenhaufen. Keine Regierung zuvor hat es in so kurzer Zeit geschafft, so viel Vertrauen zu verspielen. Keine andere Regierung hat so rasant ihre Glaubwürdigkeit verloren. Innenpolitisch fühlen sich die Menschen belogen und betrogen. Im Ausland hat der Kanzler Deutschlands Position geschwächt und gleichzeitig das Verhältnis zu den USA mit einem Federstrich nachhaltig zerstört.

Der Koalitionsvertrag trägt den Titel „Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit.“ In den einzelnen Kapiteln wird immer wieder wortreich von mehr Beschäftigung, stabilen Beitragssätzen, soliden Finanzen, Leistung und Wettbewerb gesprochen. Der Vertrag ist das



Papier nicht wert, auf dem er steht. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Beiträge zu Kranken- und Rentenversicherung steigen, die Steuern steigen. Und das Einzige, was in Deutschland sinkt, ist das Vertrauen der Menschen in diese Bundesregierung.

Rot-Grüne Realitätsferne

Die Bundesregierung hat längst vor den Problemen unseres Landes kapituliert. 48 Steuer- und Abgabenerhöhungen sind der Beweis dafür. Bei Rot-Grün gibt es nur eine Antwort auf die drängenden Fragen in Deutschland: Steuern und Abgaben rauf. Welch Geistes Kind dahinter steckt, hat der SPD-

Fraktionsvorsitzende erklärt, als er sagte: Die Menschen sollen weniger Geld für den Konsum ausgeben und mehr für den Staat. Wie weit ist dieser Mann eigentlich von der Realität entfernt? Wie sollen die Menschen überhaupt Geld ausgeben, wenn ihnen dieser Kanzler und sein Kabinett das meiste aus der Tasche zieht?

Der Jahreswirtschaftsbericht, den Bundeswirtschaftsminister Clement vorgestellt hat, spiegelt die desaströse Bilanz von 100 Tagen Rot-Grün wider. Die Rahmendaten für 2003 ähneln den Slalomfahren beim Abfahrtsrennen.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag hat keine Linie. In der Wirtschaft und unter den Experten ist er geradezu als Drohung verstanden worden. Die Wirtschaftsweisen haben ihre Konjunkturprognosen unmittelbar um 0,5 Prozent gesenkt. Und die Wirtschaft setzte die bloße Ankündigung in einen Schockzustand.

Der Verkauf von Firmenwagen ist wegen der

von der Bundesregierung geplanten Erhöhung der Firmenwagensteuer im November um 17 Prozent und im Dezember um 22 Prozent gesunken. Das sind 6.000 Firmenwagen weniger im Monat!



Versteckte Belastungen

Ein Mittelständler aus dem Modellbaubereich hat sich in der Bundesgeschäftsstelle über eine Verordnung beklagt, die ihm am 23. Dezember zugeschickt wurde – unterschrieben von Wolfgang Clement. Die Verordnung ist bereits zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Sie umfasst 3 1/2 Seiten Gebührenerhöhungen. So ist zum Beispiel die Gebühr für die Frequenzzuteilung für eine Funkanlage zur Fernsteuerung von Modellen von 35 Euro auf 130 Euro erhöht worden. Also fast das Vierfache! Das ist nur ein Beispiel für die vielen subtilen und bewusst versteckten weiteren Erhöhungen.

Wenn Wolfgang Clement vor diesem Hintergrund als Ziel seiner Politik angibt, die Steuer- und Abgabenquote auf unter 40 Prozent zu senken, blendet er mehr als 50 Pro-

zent der Belastungen aus, die am Monatsende nicht auf dem Gehaltszettel auftauchen.

Die Menschen in Deutschland bekommen es in diesen Tagen mit dem Lohnzettel schwarz auf weiß. Es zählt, was am Ende netto überbleibt – und das wird ständig weniger. Da hilft auch kein Schönrechnen von Herrn Clement, in dem er nur die direkten Steuern und Abgaben benennt, ohne z. B. die Sozialversicherungsbeiträge und zahlreichen anderen Erhöhungen zu nennen. Das ist Augenwischerei. Wer mit solchen Halbwahrheiten arbeitet, ist nicht seriös.



Frist abgelaufen!

Ich kenne Herrn Clement schon seit langer Zeit aus NRW. Er erinnert mich mehr und mehr an jemanden, der ständig Steine ins Wasser wirft. Dann steht er da und schaut sich die Ringe an. Nur passiert ist am Ende nichts, letztlich ist das Wasser so ruhig wie vorher.

Sie alle kennen die Berechnungen, bis wann ein Arbeitnehmer in Deutschland im Jahr arbeiten muss, um endlich in die eigene Tasche zu verdienen:

2001: 19. Juli,
2002: 23. Juli,
2003: 28. Juli

Das heißt: Die Menschen müssen heute 9 Tage mehr für den Staat arbeiten als noch 2001.

Die 100-Tage-Schonfrist von Clement ist abgelaufen. Ab sofort trägt er Mitverantwortung für die Ergebnisse der Bundesregierung. Er hat die Politik der aufgehaltene Hand bei den Koalitionsverhandlungen mit konzipiert, er hat das Steuervergünstigungsabbaugesetz mit Eichel gezimmert und er verschönert Bilanzen und Statistiken.



CDU für Wachstumspolitik

Die CDU wird sich diesem Abfahrtslauf der rot-grünen Regierung entgegenstemmen. CDU und CSU stehen für Wachstumspolitik. Deutschland braucht endlich eine in sich schlüssige Reformpolitik, die jetzt berücksichtigt, was 2010 auf uns zukommt. Die Liste der dringenden Aufgaben ist in den letzten 100 Tagen durch eine desolante Politik länger geworden. Wir werden im Bundestag und über den Bundesrat eine laute Stimme bleiben, die Versäumnisse anprangert und Vorschläge einbringt.

ARNOLD VAATZ:

Lage auf ostdeutschem Arbeitsmarkt immer **dramatischer**

Anlässlich der Veröffentlichung der aktuellsten Arbeitsmarktzahlen aus dem Monat Januar erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der Abgeordneten aus den neuen Bundesländern:

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt spitzt sich immer mehr zu. Die Anzahl der im Vormonat Januar

arbeitslos gewordenen Personen erreicht mittlerweile das Ausmaß einer Großstadt. Die Arbeitslosenquote stieg um mehr als einen Prozentpunkt auf 19,5 %. Damit ist sie so hoch wie noch nie zuvor.

Besonders besorgniserregend ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Dabei liegt es nicht an mangelnder Ausbildungsbereitschaft der ostdeutschen Betriebe, dass

Lehrstellen fehlen. Ein anhaltend trübes Wirtschaftsklima und fehlende Aufträge von Verbrauchern und Kommunen verhindern dass sich der Mittelstand erholt und die notwendigen Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Dies ist ein Armutszeugnis für die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung mit dramatischen Auswirkungen für die Betroffenen.

HARTMUT SCHAUERTE:

Fünf nach zwölf im Mittelstand

Zu den aktuellen Insolvenzzahlen in Europa durch den Wirtschaftsinformationsdienst Creditreform erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach den verheerenden Arbeitslosenzahlen von Januar werden wir nun Zeuge einer weiteren Hiobsbotschaft.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Pleiten in Deutschland um traurige 66,4 Prozent auf 82.400. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm um 16,4 % zu und erreichte die Rekordmarke von 37.700. Damit verzeichnet Deutschland europaweit die meisten Unternehmenszusammenbrüche. Die Zahl der durch Forderungsausfälle Betroffenen dürfte in die Millionen gehen.

Am deutlichsten getroffen hat es wieder einmal den Mittelstand, denn fast zwei Drittel aller Unternehmensinsolvenzen fielen auf Firmen mit weniger als fünf Beschäftigten. 1,6 Millionen Menschen sind akut von Arbeitslosigkeit bedroht.

Das stete Drehen an der Steuer- und Abgabenschraube und die mittelstandsfeindliche Politik der Bundesregierung haben einen wesentlichen Anteil an dieser katastrophalen Entwicklung.

Jetzt muss Schluss sein mit rot-grüner Flickschusterei. Wir brauchen endlich mutige Strukturreformen statt gewerkschaftlichen Schmusekurs!

Weitere Informationen:

<http://www.creditreform.de>

Quo vadis Hauptstadt**kultur**?

Zu der Mitteilung der Staatsministerin für Kultur und Medien, Christina Weiss, über geplante neue finanzielle Kulturförderungen des Bundes in Berlin erklärte der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die jüngsten Mitteilungen der Staatsministerin im Bundeskanzleramt sind nicht eben dazu geeignet, das Vertrauen der Parlamentarier in die Kulturpolitik und die Kulturförderung des Bundes zu erhöhen.

Neben der Ankündigung, der Bund werde sich mit 3,6 Mio. Euro an den Gründungskosten einer Stiftung der drei Berliner Opernhäuser finanziell beteiligen, hat Kultursenator Thomas Flierl eine weitere Summe bekannt gegeben: Weitere 21,5 Mio. Euro werde der Bund ab 2004 in die Berliner Kultur investieren, und damit den Berliner (Kultur-) Haushalt entlasten. Zugute kommen soll die Unterstützung unter anderem der Kinemathek, den Preußischen Schlössern und Gärten Berlin-Brandenburg, dem Hamburger Bahnhof und der Akademie der Künste.



Was auf den ersten Blick nach einer freundlichen Geste des Bundes an seine akut gebeutelte Hauptstadt aussieht, entpuppt sich auf den zweiten Blick als eine vorgezogene Entscheidung über die Inhalte eines künftigen Hauptstadt-kulturvertrags.

Gravierende Mängel

Und damit enttarnt die Mitteilung mindestens drei gravierende Mängel im Verfahren: Zusagen weiterer Finanzmittel bei derzeit laufenden Haushaltsverhandlungen – bei denen auch und nicht zu knapp bei der Kultur gekürzt wird – sind ein zumindest ungewöhnliches Versprechen. Auch wären Angaben über die Quelle dieses plötzlichen Reichtums zumindest erwähnenswert.

Parlamentarier sind in den Prozess nicht einbezo-

gen worden. Die Kommunikationsstrategie der Staatsministerin setzt möglicherweise zu sehr auf den Gedanken, dass schon niemand etwas gegen weitere Förderungen einwenden wird. Mehr Transparenz muss aber sein.

Erneut ist nicht erkennbar, welches Konzept hinter den jetzt genannten Förderungen steht. Sicher ist nur, dass der Bund sich plötzlich von der Maxime der 100%igen Förderung verabschiedet und erneut auf Mischfinanzierungen setzt. Das ist eine Kehrtwende um 180 Grad und damit eine besonders auffällige Kehre in der Schlangenlinienfahrt der Kulturförderung des Bundes.

Veränderungen bei der Bundesförderung im Rahmen des Hauptstadt-kulturvertrages müssen sich aber von der Frage leiten lassen, was Kultur von nationaler Bedeutung sein und leisten soll und wo sie zu fördern ist. Hierzu sind Überlegungen nötig, und an ihnen sind das Parlament und nicht zuletzt die Bundesländer zu beteiligen. Mit Förderung auf Zuruf und mit Bastelei ist das nicht zu leisten.

DIETRICH AUSTERMANN:

Wahlbetrug II: Haushaltsabschluss 2002 offenbart die wahren Erwartungen Eichels

Zum vorläufigen Haushaltsabschluss 2002 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Nettokreditaufnahme des Bundes ist 2002 nach dem vorläufigen Haushaltsabschluss vom Januar um fast 11 Mrd. Euro höher als im Haushalt 2002, aber um rd. 2,8 Mrd. Euro geringer ausgefallen, als im Nachtrag für das Jahr 2002 Anfang Dezember letzten Jahres dem Parlament vorgelegt wurde.



Bei Aufstellung des Nachtrags 2002 Mitte November letzten Jahres im Bundeskabinett waren diese beiden Aspekte des Haushaltsablaufs im Wesentlichen bekannt; nach den Haushaltsgrundsätzen der Vollständigkeit und Wahrheit hätten sie im Nachtrag berücksichtigt werden müssen. Mit diesem Argument hatte die Bundesregierung es nur wenige Monate vorher abgelehnt, zum Bundeshaushalt 2002 einen Nachtrag ausschließlich zur Finanzierung des Militärtransporters Airbus A 400 M vorzulegen.

Wenn Hans Eichel diese beiden Aspekte – geringere Zinsen und geringere Aufwendungen im

Bereich der Gewährleistungen – im Zusammenhang mit seinem Nachtrag 2002 nicht berücksichtigt hat, dann gibt es dafür nur einen vernünftigen Grund: Hans Eichel hat tatsächlich mit einem wesentlich schlechteren Haushaltsergebnis gerechnet und wollte dafür „Sparkassen“ bilden, um im Rahmen der geplanten Nettokreditaufnahme des Nachtragshaushaltes bleiben zu können.

Überraschende Steuereinnahmen

Tatsächlich hat es im Dezember 2002 z. B. in den westlichen Bundesländern überraschend hohe Einnahmen bei der Körperschaftssteuer gegeben. Der Vergleich von Nachtrag 2002 und vorläufigem Haushaltsabschluss 2002 belegt, dass Hans Eichel seine Politik der Täuschung der Öffentlichkeit vor den Landtagswahlen fortgesetzt hat (Wahlbetrug II).

Erfolg des Bundesfinanzministers?

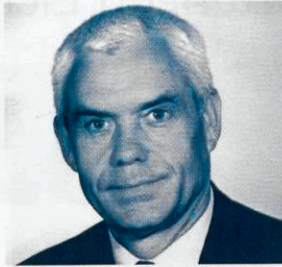
Der Finanzminister versuchte dies als Erfolg zu verkaufen. Zu diesem grundsätzlich positiven Ergebnis haben vor allem zwei Veränderungen beigetragen, nämlich die um 1,9 Milliarden Euro geringeren Zinsausgaben und der um ebenfalls 1,9 Milliarden Euro günstigere Saldo bei den Gewährleistungen.

Verteidigungsetat **nicht** zustimmungsfähig

Anlässlich der Abstimmungen zum Verteidigungsetat 2003 im Verteidigungsausschuss erklärte der Obmann der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die heutigen Beratungen des Verteidigungshaushalts für das Jahr 2003 im Verteidigungsausschuss haben gezeigt, dass der Etat nicht zustimmungsfähig ist.

Noch immer fehlen die wesentlichen Grundlagen für die Bestimmung des Finanzbedarfs der Bundeswehr. Bisher wurden weder die von Verteidigungsminister Struck angekündigten neuen verteidigungspolitischen Richtlinien, noch ein dringend notwendiges neues Weißbuch vorgelegt. Überdies fehlt bis heute eine verlässliche Material- und Ausrüstungsplanung. Deswegen mangelt es dem Haushaltsentwurf für den Einzelplan 14 an Klarheit. Rot-Grün verschließt weiterhin die Augen vor der Wahrheit, dass die Sicherheit unseres Landes und unserer Bürger mehr Finanzmittel verlangt, als die Regierung zu geben bereit ist.



Der heute verabschiedete Beschluss über den Verteidigungsetat verweigert der Bundeswehr die zwingend erforderliche Planungssicherheit. Unverzichtbare Rüstungsprojekte werden weiter geschoben, gestreckt und reduziert.

Kollaps droht

Das bekannteste Beispiel ist die Absenkung bei den Stückzahlen des Militärtransporters A400 M von 73 auf 60 Flugzeuge. Auch das HERKULES genannte IT-Projekt der Bundeswehr bekommt nicht den nötigen Schwung. Zudem hat Struck, entgegen früherer Äußerungen, bisher nichts unternommen, um den Wildwuchs bei der GEBB auszdünnen. Selbst Fachleute des

Verteidigungsministeriums haben, bei aller Loyalität gegenüber ihrem Minister, zu verstehen gegeben, dass der finanzielle Jordan der Bundeswehr längst überschritten ist und ein Kollaps droht.

Erfreulich sind einzig die personellen Verbesserungen für die Soldaten. Nun wird sich zeigen müssen, ob Struck und die rot-grüne Koalition die politische Kraft aufbringen, diese Verbesserungen auch im Haushaltsausschuss durchzusetzen.

Das Taktieren und Lavieren der rot-grünen Bundesregierung offenbart: Hier wird Verteidigungspolitik nach Kassenlage und nicht nach sicherheitspolitischen Herausforderungen gemacht! Das Finanzdiktat von Minister Eichel macht auch vor den Sicherheitserfordernissen Deutschlands nicht halt!

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Verteidigungsetat mit den notwendigen Finanzmitteln aufzustoocken, damit die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr gewährleistet bleibt und endlich Planungssicherheit hergestellt werden kann.

Absolute Mehrheit in der Bundesversammlung

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, kommen Union und FDP nach den Wahlsiegen zusammen auf 610 von 1206 Sitzen in der Bundesversammlung. Bei diesem Stand könnten sie am 23. Mai 2004 einen eigenen Kandidaten zum Staatsoberhaupt wählen. CDU/CSU kommen nun auf 530 Mandate, die FDP auf 80, die SPD auf 471, die Grünen auf 88, die PDS auf 33 und Sonstige auf 4. Bis zur Bundespräsidentenwahl am 23. Mai 2004 kann sich die Zusammensetzung der Bundesversammlung noch zwei Mal ändern. Im Mai wird in der Hansestadt Bremen gewählt. Das Bundesland stellt fünf Delegierte. Entscheidend für die endgültigen Machtverhältnisse in der Bundesversammlung wird damit die Landtagswahl im Freistaat Bayern am 21. September sein. Zu diesem Thema sagte die Parteivorsitzende Angela Merkel nach einer Sitzung der CDU-Führungsgremien in Berlin: „Ich rate uns dringend davon ab, dass wir uns jetzt in Personaldiskussionen ergehen sollten.“

Patt im Vermittlungsausschuss

Nach dem Regierungswechsel von SPD zu CDU/FDP in Niedersachsen gibt es künftig ein Patt im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat. Dies bestätigte die Bundesratsverwaltung.

Im 32-köpfigen Vermittlungsausschuss haben Bundestag und Bundesrat jeweils 16 Stimmen. Auf der Bundestagsseite gibt es eine 9:7-Mehrheit für die Regierungskoalition von SPD und Grünen. Auf der Bundesratsseite herrschte bisher ein Patt von 8:8 Stimmen für die unions- beziehungsweise die SPD-geführten Länder. Mit dem Regierungswechsel in Hannover haben die unionsgeführten Länder auf der Bundesratsseite jetzt eine Mehrheit von 9:7 Stimmen und können damit die Stimmenmehrheit der rot-grünen Koalition im Bundestag ausgleichen. Dies ist bedeutsam bei Gesetzen führen, zu denen die Länderkammer Einspruch einlegen kann. Die Rot-Grüne Regierungskoalition kann somit nicht mehr die Unions- und FDP-Mitglieder in dem Gremium überstimmen.

Mehrheit im Bundesrat ausgebaut

Die Union ist seit dem letzten Wahlsonntag in fünf Bundesländern nicht auf einen Partner angewiesen: Die hessische CDU kann nach dem Sieg mit absoluter Mehrheit ohne den bisherigen Koalitionspartner FDP regieren. Die CSU bestimmt in Bayern seit 1966 allein. Die CDU regiert in Sachsen seit 1990 ohne Partner sowie im Saarland und in Thüringen seit 1999. Die SPD verlor ihre einzige absolute Mehrheit in Niedersachsen. Seit dem Wechsel in Sachsen-Anhalt 2002 hatten die unionsgeführten Länder mit 35 von 69 Stimmen eine Mehrheit im Bundesrat. Nun ergibt sich eine neue Konstellation: Mit den sechs Stimmen Niedersachsens verfügen die unionsgeführten Länder (die so genannten B-Länder) nun über 41 Stimmen. Die Zweidrittelmehrheit von 46 Stimmen verfehlt die Union um 5 Stimmen.

<http://>

Nähere Informationen:

www.bundestag.de

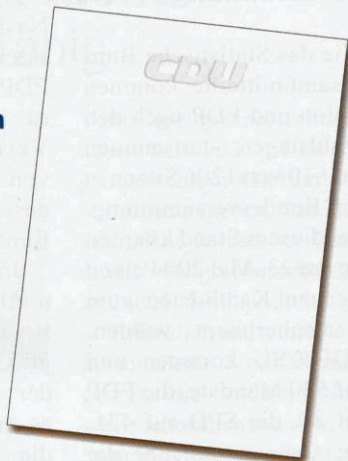
www.bundesrat.de

www.destatis.de

Mappen für Ehrenurkunden mit CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Bestell-Nummer: **0247**
Preis je **25 Stück: 12,30 €**
inkl. MwSt.: 14,27 €



Ehrenabzeichen der CDU

Bestell-Nummer:
Preis je **10 Stück: 9,00 €**
inkl. MwSt.: 10,44 €

Ehrenabzeichen Bronze

„25jährige CDU-Mitgliedschaft
Bestell-Nummer: **0233**

Ehrenabzeichen Silber

40jährige CDU-Mitgliedschaft
Bestell-Nummer: **0235**

Ehrenabzeichen Gold

„50jährige CDU-Mitgliedschaft
Bestell-Nummer: **0237**

Urkunde „Für besondere Verdienste“
DIN A4

Bestell-Nummer: 0449
Preis je 50 Stück: 6,10 €
inkl. MwSt.: 7,08 €



Urkunden
„25 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: 0396

„40 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: 0644

„50 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: 0071

DIN A4
Preis je 50 Stück: 6,10 €
inkl. MwSt.: 7,08 €

Urkunde ohne Jahresangabe
DIN A4

Bestell-Nummer: 0097
Preis je 50 Stück: 6,10 €
inkl. MwSt.: 7,08 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Broschüre „Willkommen in der CDU.“ Mitgliederwerbung

Bestell-Nummer: 5932
Preis je **100 Stück: 16,50 €**
inkl. MwSt.: 17,66 €



Aufnahmeantrag mit abtrennbarem Abfragebogen für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: 6719
Preis je **200 Stück: kostenlos**

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Vermorel
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de